

**Schlägereien in Asylunterkünften**

BERLIN. Massenschlägereien in Asylunterkünften haben am Wochenende die Polizei in mehreren Städten in Atem gehalten. In Berlin prügelten sich am Sonntag rund 300 Afghanen und Syrer in den Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Drei Personen, darunter zwei Wachmänner, wurden verletzt. Die Polizei war mit 120 Beamten vor Ort und nahm 23 Randalierer fest. Auslöser der Ausschreitungen war ein Streit an der Essensausgabe. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) nannte die Gewalt „unerträglich“. Es gebe „Regeln in unserem Land“. Wer sich nicht daran halte, „für den gibt es bei uns auch andere Unterkünfte. Mit verriegelten Türen und Fenstern“. Laut der Gewerkschaft der Polizei plane der Senat, bis zu 20.000 Asylsuchende in Tempelhof unterzubringen. In der Nacht zum Sonntag war es in einer Unterkunft in Berlin-Spandau zu einem Gewaltausbruch gekommen. Dort gerieten mehrere Bewohner in Streit. Nachdem mehrere Asylbewerber mit Feuerlöschern aufeinander losgegangen waren, brach Panik aus. Rund 1.000 Bewohner flüchteten aus dem Gebäude. Sieben Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Auch im sachsen-anhaltinischen Kletitz kam es zu Unruhen. Dort gerieten mehrere Syrer aneinander. Acht Personen wurden festgenommen. In der ehemaligen Kaserne leben etwa 700 Personen. In Itzehoe in Schleswig-Holstein gerieten rund zwei Dutzend Syrer und Afghanen aneinander. 50 Polizisten waren nötig, um die Massenschlägerei zu beenden. Fünf Personen wurden bei den Krawallen verletzt. (ho)

CHRISTIAN SCHREIBER

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist das Nadelöhr der Republik. Die Mitarbeiter der Behörde entscheiden darüber, wer in Deutschland Asyl erhält. Angesichts des ungebrochenen Flüchtlingsstroms nach Deutschland eine nahezu nicht zu bewältigende Aufgabe.

Erst in der vergangenen Woche mußte BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise einräumen, daß es derzeit zu massiven zeitlichen Verzögerungen kommt. Ein Sprecher der Behörde sagte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, aufgrund des „sehr hohen Zugangs der vergangenen Monate konnten Termine zur Antragstellung teilweise nur mit Verzögerung vergeben werden“. Das Bundesamt habe sich dazu entschlossen, zunächst Termine nur für drei Monate zu vergeben. Die Behörde bestätigte, daß derzeit 328.000 unerledigte Asylanträge im Haus zur Entscheidung anstünden. Im Oktober wurden in Deutschland knapp 190.000 neue eingereiste Flüchtlinge erfasst, davon gingen beim BAMF aber nur 55.000 Asylanträge ein. Für den November werden neue Höchstzahlen erwartet.

Schon Anfang November hatten die Personalräte der Behörde in einem offenen Brief Alarm geschlagen und auf die Zustände im BAMF aufmerksam gemacht. Der Verzicht auf eine Identitätsprüfung bei vielen Flüchtlingen sei mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar und öffne Terroristen Tür und Tor. Dazu komme eine viel zu schnelle Ausbildung der neuen Entscheider: „Praktikanten entschieden inzwischen nach nur wenigen Tagen über menschliche Schicksale“, heißt es in dem



Asylbewerber warten am Dienstag in Berlin auf ihre Registrierung: Warnung vor Mißbrauch durch islamische Extremisten

Schreiben der Personalräte. Die Identität der Menschen werde inzwischen faktisch nicht mehr geprüft. Das führe dazu, daß „ein hoher Anteil von Asylsuchenden“ inzwischen eine falsche Identität angibt, um in Deutschland bleiben zu können und auch die Familie nachholen zu können“, heißt es weiter.

Weise wies die hausinterne Kritik zurück. Er verstehe zwar, daß die Belastungsgrenze sehr hoch sei, sagte er der Nachrichtenagentur dpa, aber fachlich sei an den Abläufen nichts zu kritisieren: „Daß die Verfahren von Flüchtlingen aus Syrien, Eritrea und dem Irak beschleunigt wurden, hat das Bundes-

ministerium entschieden. Und daher bin ich ganz sicher, daß die Verfahren gesetzlich und nicht regelwidrig sind.“ Dabei hatte das Bundesamt bereits in den vergangenen Monaten Maßnahmen ergriffen, um die Abläufe zu beschleunigen. Offenkundig geht dieses aber zu Lasten der inneren Sicherheit: „Der Wegfall der Identitätsprüfung erleichtert das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefahrenpotential dar“, warnen die Personalräte bereits am 11. November – zwei Tage vor den Anschlägen in Paris.

Der Extremismusforscher Rudolf van Hüllen sieht die Behörde von ihrer

Grundstruktur nicht auf eine Bearbeitung solcher Antragsmassen ausgelegt. „Das BAMF ist genau wie das Asylrecht auf Einzelfälle ausgelegt gewesen und nicht auf eine so hohe Zahl an Einzelfällen, wie wir die im Moment bewältigen müssen.“ Wenn Anhörungen wegfallen, bedeute dies, daß Personen, die unter Mißbrauch des Asylrechts einreisen, überhaupt nicht mehr auffallen würden, weil Widersprüche in ihrer Vita, in ihren Absichten und in ihrer Selbstdarstellung gar nicht mehr erhoben würden, erklärte van Hüllen weiter.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte angesichts dieser Zu-

stände an, in absehbarer Zeit „zur Einzelfallprüfung zurückzukehren.“ Dafür soll das BAMF mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden. Insgesamt arbeiten rund 3.000 Mitarbeiter bei der Behörde.

In Zukunft soll die Anzahl auf 7.300 Stellen erhöht werden. Ein BAMF-Sprecher äußerte die Hoffnung, daß ein Personalaufbau dazu führen werde, daß Anfang nächsten Jahres die Anträge „deutlich zeitnaher als heute“ angenommen würden. Bis dahin dürften aber weit mehr als eine weitere Viertelmillion Flüchtlinge eingereist sein. Ein guter Teil von ihnen dürfte gar nicht erst registriert werden.

Der Autor hatte aufgrund zeitlicher Restriktionen keinen Einfluss auf die Überschrift. Er möchte das Ausrufezeichen durch ein Fragezeichen ersetzt wissen.

## Syrische Flüchtlinge an die Front!

Analyse: Die Bildung von Freiwilligenbataillonen aus Asylbewerbern würde Deutschland bei der Integration und dem Familiennachzug entlasten

DIRK MEYER

Die Frage des polnischen Außenministers Witold Waszczykowski war provokant. „Können Sie sich vorstellen, daß wir unsere Armee zum Kampf nach Syrien schicken, während hunderttausend Syrer in Berlin Kaffee trinken und zusehen, wie wir für ihre Sicherheit kämpfen?“ Waszczykowski rief mit seiner Äußerung Pawlowske Reflexe hervor. „Hunderttausende Syrer sind in letzter Zeit nach Europa gekommen. Wir können ihnen helfen, eine Armee aufzubauen.“ Waszczykowski will eine Exilarmee zur Befreiung Syriens, um eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat zu ermöglichen.

Gerade unter den Syrern ist der Rückkehrwunsch sehr verbreitet. EU-weit stellten sie im Oktober mit 135.000 Flüchtlingen (62 Prozent) das größte Kontingent. Auch das Flüchtlingsrecht geht von einer zeitlichen Begrenzung und einer Rückkehrwilligkeit aus, indem zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis von drei beziehungsweise sieben Jahren (Flüchtlingsstatus/subsidiärer Schutz) ausgesprochen wird.

Dem entgegen steht die Willkommenskultur: Als Konsequenz hat sie bei den Flüchtlingen eine dauerhafte Bleibeperspektive erzeugt – unter der ergeb-

nissen Forderung des aufnehmenden Landes nach Wertübernahme und Integration. Nicht ein Wunschdenken, sondern eine wertgeleitete Lösungsorientierung sollte das Handeln in der Flüchtlingskrise bestimmen.

Ein Flüchtlingsstrom ohne Begrenzung, das geringe Bildungs-/Ausbildungsniveau – 81 Prozent der Flüchtlinge sind ohne formale Qualifikation – sowie erhebliche Engpässe beim Wohnraum, einer angemessenen schulischen Versorgung und geeigneten Ausbildung lassen eine Integration fragwürdig erscheinen, in jedem Fall als kostenträchtige Investition mit zweifelhaftem Ertrag für die europäische Gesellschaft. Allein deshalb sollte der neue Vorschlag geprüft werden.

### Polnische Exilarmee als Vorbild

Hinter Waszczykowskis Vorstoß steht das historische Beispiel der polnischen Exilarmee nach der Kapitulation des Landes 1939. Als siebgrößte alliierte Armee mit einer Stärke von 100.000 bis 200.000 Soldaten stand sie als eigenständige Armee unter dem Kommando der Alliierten. Der Unterschied zur Situation heute: Es bestand eine gut ausgebildete, motivierte Armee mit Ausrüstung, die unter alliierter Führung ein eindeutiges

Ziel verfolgte. Nach teils lebensgefährlicher Flucht dürfte die Motivation syrischer Flüchtlinge zum Kampfeinsatz gering sein. Als schnell ausgebildete Mannschaftsgrade einer Bodentruppe unter ausländischer Führung wären hohe Verluste wahrscheinlich. Auch steht die völkerrechtliche Legitimität in Frage. Soll der Einsatz unter EU-Mission (Art. 42 EU-Vertrag), Nato-Mandat (Angriff des IS auf Frankreich) oder als Mission der Vereinten Nationen geführt werden?

Eng verbunden ist die finanzielle Frage des Verteilungsschlüssels für die Ausbildung, die Einsatzfinanzierung sowie die Möglichkeit der Rückkehr bei Verletzung. Was ist das Ziel: die Vernichtung des IS, der Aufständischen und/oder der Sturz Assads? Die Einigkeit der Staatengemeinschaft hinsichtlich Gegner und Ziel ist für ein langfristiges Gelingen unabdingbar. Wie verhindert man, daß sich „Warlords“ auf diesem Wege mit Waffen, EU-Dokumenten und Finanzmitteln versorgen oder sich gar dem IS anschließen?

Militärfachleute gehen davon aus, daß Bodentruppen für eine Befriedung unabdingbar sind. Jedoch wäre der Einsatz westlicher Bodentruppen politisch nicht zu vermitteln. Zudem böte dieser „Kreuzzug“ Islamisten die Legitimation, im Ausland um Unterstützer zu werben und weitere Anschläge durchzuführen.

Damit bleibt die Suche nach geeigneten syrischen Kämpfern. Denkbar wäre eine freiwillige Musterung von Flüchtlingen bei strenger Auswahl geeigneter Personen. Diese könnten nach intensiver militärischer Ausbildung den Kern einer nationalen Befriedungsarmee bilden, die beispielsweise unter einer Nachfolgeregierung in Zusammenarbeit mit der bestehenden Armee speziell im Anti-Terrorkampf ausgebildet ist.

### Unterbringung in Kasernen

Der Einstufungstest könnte zugleich der Errichtung ziviler Aufbauorganisationen dienen. Flüchtlinge könnten mit Blick auf den Wiederaufbau eine Ausbildung zum Polizeidienst, beim THW und anderen Hilfsorganisationen durchlaufen.

Da ebenfalls Engpässe einer arbeitsfähigen, nicht korrupten Verwaltung bestehen, wären auch Grundfertigkeiten im Verwaltungsdienst sinnvoll, um dem Land eine gewisse Stabilität nach westlichem Vorbild zu geben.

Sowohl der Befriedungs- als auch der Aufbauarbeit könnte jungen Syrern eine patriotische und aufgrund der Ausbildung ökonomisch erfolgreiche Zukunftsperspektive bieten. Als Anreize könnten eine zertifizierte Ausbildung nach eu-

ropäischen Standards, die Zahlung von Schulgeld für heimische Familienangehörige sowie eine finanzielle Unterstützung beim späteren Hausbau wirken. Der Aufenthalt in Deutschland würde ihnen für eine gewisse Zeit Sicherheit und Beispiel für alternative Lebensweisen geben. Aufgrund der späteren Rückkehr wäre eine zentrale Unterbringung der Ausbildungseinheiten in ehemaligen Kasernen geeignet. Integrationsarbeit und Familiennachzug würden entfallen. Deutschland könnte sich auf eine gesteuerte Zuwanderung ausgebildeter und integrationswilliger Migranten konzentrieren.

Völkerrechtlich wären diese Hilfen unbedenklich und könnten sogar von Deutschland allein, besser jedoch im europäischen Verbund durchgeführt werden. Da die Widerstände mancher Mitgliedstaaten durch die Gefahr der Überfremdung, weniger aufgrund der finanziellen Lasten bedingt sind, würde dieser Hilfsansatz eventuell auf breitere Akzeptanz und Unterstützung stoßen. Damit wäre auch für die EU das politische Problem mangelnder Solidarität und Abstimmung zumindest ansatzweise gelöst.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

**Versöhnung der Woche**

**Seid umschlungen**

Von Cornelius Persdorf



Beethovens „Ode an die Freude“ dröhnte über das Mainzer Höfchen. Mit der Hymne versuchte das Staatstheater Mitte November eine AfD-Kundgebung zu stören. Stattdessen bahnte sich die triumphale Atmosphäre, die die Domgeistlichkeit durch Abschalten der Beleuchtung ihres schräg gegenüberliegenden Gebetshauses gerade vermeiden wollte, somit ihren Weg durch die Fenster des Theaters. „Wir wollen die richtigen Töne anstimmen, weil die AfD-Anhänger mit ihren danebenliegen“, sagte Intendant Markus Müller.

Die Odenfreude teilte die Polizei jedoch nicht. Sie erstattete vergangene Woche Strafanzeige wegen grober Störung einer Demonstration. Zur Versöhnung ist laut SWR ein Benefizkonzert von Theater und Landespolizeiorchester geplant – für Flüchtlinge.

DIE ASYL KRISE

## Große JF-TV-Dokumentation: Die Flüchtlingslüge

Teil 1 und Teil 2 auf [jf.de/tv](http://jf.de/tv) oder als DVD

schon über 200.000mal auf Youtube und Facebook angesehen

Im Sommer 2015 begleitet das JF-TV-Team die Reporter Billy Six und Hinrich Rohbohm quer durch Europa. Als „Willkommens-Märchen“ für Flüchtlinge wird dieser Sommer von den deutschen Leitmedien und der Politik gefeiert. Was sich tatsächlich dahinter verbirgt, zeigt diese fesselnde Reportage von den Brennpunkten der Flüchtlingswelle: Freital, Traiskirchen, Budapest, Szeged, Geggelija, Calais. Verfolgen Sie die Entwicklung und Strategien, Täuschungen und Rechtsbrüche, Alleingänge und falschen Solidaritäten – in Deutschland und Europa. Mit aufrüttelnden Kommentaren von Michael Paulwitz und JF-Chefredakteur Dieter Stein.

Dieter Stein

Billy Six

Hinrich Rohbohm

Michael Paulwitz

DIE ASYL KRISE

Europa von innen – Die Flüchtlingslüge

Große JF-TV-Dokumentation

Ein Film von Marco Pino

INFO: 514 5410

DVD Best.-Nr.: 92926

EUR 9,95